

**Stadt Bergkamen**  
Dezernat II

Drucksache Nr. 8/1938-00  
Sozialamt

Datum: 25.11.2003

Az.: 50 mö-ha

### **Mitteilungsvorlage – öffentlich -**

	Beratungsfolge	Datum
1.	Ausländerbeirat	08.12.2003
2.		
3.		
4.		

**Betreff:**

Beschluss des Landtages vom 16.10.2003 zu § 27 GO

**Bestandteile dieser Vorlage sind:**

1. Das Deckblatt
2. Die Sachdarstellung und der Beschlussvorschlag
3. 3 Anlagen

Der Bürgermeister In Vertretung  Bernd Wenske	Mitunterzeichnung
--	-------------------

Amtsleiter  Wolfgang Vögeding	Sachbearbeiter  Ralf Möllmann	Sichtvermerk StA 20
-------------------------------------	-------------------------------------	---------------------

**Sachdarstellung:**

Die Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Migrantenvvertretungen in Nordrhein-Westfalen (LAGA NRW) hat den Wunsch der vertretenen Ausländerbeiräte zur Stärkung der politischen Partizipationsmöglichkeiten der Migrantinnen und Migranten an die Fraktionen des nordrhein-westfälischen Landtages herangetragen. Bereits seit Anfang des Jahres 2003 wurden intensive Gespräche geführt, um diesem Wunsch entsprechende politische bzw. rechtliche Voraussetzungen zu schaffen.

Hieraus resultierte der Antrag der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, sowie der darüber hinausgehende Änderungsantrag der FDP-Fraktion.

Anlage 1: Antrag der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Landtagsdrucksache 13/4413)

Anlage 2: Änderungsantrag der FDP (Landtagsdrucksache 13/4479)

In seiner Sitzung am 16.10.2003 hat der Landtag den Antrag der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit den Stimmen der SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen, während der Änderungsantrag der FDP-Fraktion zur Realisierung des von der LAGA NRW vorgeschlagenen Modells durch die SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unter Enthaltung der CDU abgelehnt wurde.

Es erging somit folgender Beschluss:

„ Der Landtag bittet die Landesregierung , das konstruktive Zusammenwirken von Rat und Ausländerbeirat durch Handlungsempfehlungen zu unterstützen. Andere Organisationsformen als die des Ausländerbeirates (§ 27 GO) sind zu ermöglichen, wenn eine Gemeinde und ihr Ausländerbeirat es wollen. Dafür ist eine großzügige Handhabung der Experimentierklausel des § 126 GO – im Rahmen der Strukturmerkmale der GO – ein geeignetes Instrument.“

Wie die LAGA NRW zwischenzeitlich mitteilte, wird bereits der Entwurf konkreter Handlungsempfehlungen zwischen der Landesregierung, der LAGA NRW sowie den kommunalen Spitzenverbänden abgestimmt.

Anlage 3: Entwurf „Handlungsempfehlungen für die Arbeit und Organisation der Ausländerbeiräte (§ 27 GO oder anders organisiertes Gremium zur Beteiligung von Migrantinnen und Migranten nach § 126 GO)

Im Laufe des Monats Dezember 2003 sollen die Handlungsempfehlungen in der endgültigen Form vorliegen.

**Beschlussvorschlag:**

Der Ausländerbeirat nimmt die aktuelle Entwicklungen zum § 27 GO zur Kenntnis.